



Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen  
EFIE e.V., Arbeitskreis Politik  
[AK.Politik@EFIE-Erlangen.de](mailto:AK.Politik@EFIE-Erlangen.de)  
05.01.2017

An die Bayerische Staatskanzlei  
Herrn Ministerpräsident Herr Seehofer  
Herrn Staatsminister Herr Herrmann  
Franz-Josef-Strauß-Ring 1  
Postfach 220011  
80539 München

## **Bitte stoppen Sie Abschiebungen nach Afghanistan**

Sehr geehrter Ministerpräsident Herr Seehofer,  
Sehr geehrter Staatsminister Herr Herrmann,

wir, der efie AK Politik wenden uns an Sie, um unseren Protest zur aktuellen Situation von Geflüchteten aus Afghanistan in Bayern nachdrücklich Ausdruck zu verleihen.

Wir sind entsetzt über das am 02.10.2016 beschlossene Rückübernahmeabkommen zwischen der EU und Afghanistan zur verstärkten Rückführung von afghanischen Geflüchteten sowie die erfolgte Sammelabschiebung am 14.12.2016 nach Kabul. Beides wurde von Ihnen und der bayerischen Landesregierung unterstützt und mit durchgeführt.

### Afghanistan ist nicht sicher

Das Auswärtige Amt warnt seit August diesen Jahres dringend vor Reisen nach Afghanistan. *„Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein (...) In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit, auch in der Hauptstadt Kabul kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen.“*<sup>1</sup>

Der UNHCR spricht von einer eklatanten Verschlechterung der Sicherheitslage: *„Nach dem erfolgten Abzug der internationalen Streitkräfte 2014 fand im Jahr 2015 eine Intensivierung des Konflikts statt, insbesondere in der zweiten Jahreshälfte. Gleichzeitig verschlechterte sich die Sicherheitslage landesweit deutlich im Vergleich zu 2014“*<sup>2</sup>. Das Bundeskabinett hat kürzlich beschlossen,

<sup>1</sup>[http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/Nodes/AfghanistanSicherheit\\_node.html#doc343208bodyText1](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/Nodes/AfghanistanSicherheit_node.html#doc343208bodyText1)

<sup>2</sup><http://www.refworld.org/cgi-bin/texis/vtx/rwmain/opendocpdf.pdf?reldoc=y&docid=57b6bea84>

den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan zu verlängern<sup>3</sup>. Meldungen von Attentaten mit einer Vielzahl von zivilen Opfern, sind an der Tagesordnung. Jüngst wurde beispielsweise auf das deutsche Konsulat in Masar-i-Scharif von der Taliban ein Anschlag verübt, bei dem mindestens sechs Menschen getötet wurden<sup>4</sup>. Die Versorgungs- und Menschenrechtssituation ist landesweit katastrophal<sup>5</sup>

Dass vor diesem Hintergrund die Anerkennungszahlen von afghanischen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zurückgehen und nun Abschiebungen forciert und durchgeführt werden, ist menschenrechtlich nicht vertretbar. Täglich bekommen wir zudem mit, wie geplante und nun auch realisierte Abschiebungen Panik und Ohnmacht unter den designierten Betroffenen schüren.

Durch bewaffnete Konflikte und Anschläge haben tausende Menschen in Afghanistan ihr Leben, ihre Häuser, ihre Lebensgrundlage verloren. Eine Rückführung nach Afghanistan birgt für die afghanischen Staatsangehörigen eine große Gefahr, denn ein Überleben ohne familiäre Netzwerke ist kaum möglich. Einige der uns bekannten Afghaninnen und Afghanen hat keine Familie mehr in Afghanistan, einige sind weder in Afghanistan geboren noch dort aufgewachsen.

Die ohnehin schon zermürbende Situation afghanischer Geflüchteter, wird durch die harte Linie der Ihnen unterstellten Ausländerbehörden verstärkt. Personen im laufenden Asylverfahren wird eine Beschäftigungserlaubnis versagt, allein aus dem Grund, dass sie afghanische Staatsangehörige seien und ohnehin eine Ablehnung des Asylantrages erhalten werden.

Es wird viel unternommen, um eine frühzeitige Integration in den Arbeitsmarkt möglich zu machen. Novellierte Gesetze und Programme der Industrie- und Handels- wie auch Handwerkskammern, versuchen den Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete zu erleichtern. Und auch wir Ehrenamtliche haben viel Zeit und Energie aufgewandt, um durch Sprachkurse oder gemeinsame Stellensuche, Geflüchtete bei ihrem Ankommen in Deutschland zu unterstützen.

Doch das alles, so scheint es, ist in Bayern nichts wert. Zumindest dann nicht – wenn die Personen aus einem vermeintlich falschen Land kommen. Politische Interessen, wie die Senkung von Zuwanderung oder die nächste Landtagswahl, wiegen offensichtlich mehr als das Besetzen von freien Stellen und vor allem scheinen sie mehr zu bedeuten, als ein humaner und menschenwürdiger Umgang mit geflohenen Menschen.

Viele der afghanischen Flüchtlinge, die am 14. Dezember 2016 von Frankfurt nach Kabul abgeschoben wurden, lebten seit vier Jahren und länger in Deutschland, mit unbefristeten Arbeitsverträgen, gutem Gehalt und eigenen

---

<sup>3</sup><https://www.tagesschau.de/inland/kabinett-189.html>

<sup>4</sup><https://www.tagesschau.de/ausland/angriff-konsulat-masar-103.html>

<sup>5</sup>[http://www.ecoi.net/local\\_link/331153/472349\\_de.html](http://www.ecoi.net/local_link/331153/472349_de.html)

Wohnungen.

### Ihr Handeln ist weder christlich noch sozial

Die Konsequenzen Ihres Handelns sind schon jetzt deutlich zu spüren. Betriebe sind merklich frustriert und nehmen Abstand von Ihrem Vorhaben, Arbeits- und Ausbildungsplätze auch Geflüchteten anzubieten. Wir Unterstützerinnen und Unterstützer aus der Flüchtlingsarbeit sind frustriert und demotiviert – all unsere Anstrengungen werden durch Sie und Ihre Behörden torpediert. Doch vor allem lassen Sie Menschen zurück, die zum einen angesichts der Bestrebungen nach Afghanistan abzuschieben, zum anderen aber auch durch die Isolation und den Stillstand den Sie generieren, mehr und mehr verzweifeln. Durch die vollzogenen und versuchten Abschiebungen am 14. Dezember kam es zu mindestens zwei Suizidversuchen in Bayern.

Wir erwarten von Ihnen eine Abkehr Ihrer menschen- und gesellschaftsfeindlichen Politik wie eine gründliche Überlegung Ihres derzeitigen Umganges mit afghanischen Geflüchteten. Sie können die Einwände, Appelle und Hilferufe aus Teilen der Bundesregierung, der Opposition, anderen Landesregierungen, der Medien, der Kirchen, der Zivilgesellschaft und vor allem der vielen afghanischen Mitbürger\*innen nicht länger ignorieren.

### **Afghanistan ist nicht sicher!**

#### Forderungen

Wir fordern Sie und die Bayerische Landesregierung dringend auf,

- ‡ Von Abschiebungen nach Afghanistan Abstand zu nehmen
- ‡ einen Abschiebestopp für afghanische Geflüchtete in Bayern umzusetzen und
- ‡ sich den tatsächlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tatsachen anzunehmen und afghanischen Geflüchteten einen realistischen Zugang zu Arbeit und Ausbildung und Gesellschaft zu ermöglichen

Mit freundlichen Grüßen

Arbeitskreis Politik des Vereins EFIE e.V.

Sissi Bankel,  
Yannic Eiche,  
Uli Heldmann,  
Ingrid Kagermeier,  
Nicola Nemeth,  
Liz Nicholson  
Georg Schneider  
Dr. Michael Schöttler,  
Anja Schwarz,  
Heinz Szabo  
Klaus Waldmann,  
Annika Zeddel

cc: Landtagspräsidentin Barbara Stamm, MdL Osgyan, MdL Hiersemann,